

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 187 (2021)

Heft: 8

Artikel: Denkanstoss

Autor: Welti, Philippe

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-976254>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Denkanstoss

In den USA ist an die Stelle einer isolationistischen Administration unter Trump die Administration Biden getreten, die in Aussicht stellt, die amerikanische Führungsrolle in der Welt wieder aktiv wahrzunehmen. In der Zwischenzeit der letzten vier Jahre hat die asiatische Grossmacht China jedoch wesentlich an Gewicht gewonnen und hat nicht nur wirtschaftliche und militärische Mittel aufgebaut, um mit den USA in einen globalen Wettbewerb um die Vorherrschaft zu treten.

Philippe Welti

Neu ist die Sprache der chinesischen Diplomatie, die die Ambitionen der Führung nicht mehr versteckt, sondern aggressiv kommuniziert. Der Wettlauf um globalen Einfluss wird in Asien und auch ausserhalb des Kontinents Interessenskollisionen und Konflikte verursachen. Im gleichen Masse, wie sich die USA vermehrt auf den indopazifischen Raum fokussieren werden, wird die EU für die Sicherheit des europäischen Kontinents mehr eigene Mittel mobilisieren müssen. Gefährdungen europäischer Sicherheit werden aus dem Osten und vom Süden, von der Südküste des Mittelmeers her, zunehmen. Aus dem Osten ist eine militärische Bedrohung vorstellbar, aus dem Süden generelle Instabilität mit wachsenden Migrationsströmen aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten. Die Konfliktsituation um den Kontinent wird an seinen Grenzen zunehmen. Europäische Sicherheit und Stabilität, von der die Schweiz seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges profitiert, wird nicht mehr von innen, sondern von aussen bedroht. Es ist nicht mehr vorstellbar, dass die Schweiz auch in Zukunft von der Stabilität ihrer kontinentalen Binnenlage profitieren kann, ohne zu ihrer Gewährleistung beizutragen. Die Schweiz ist jedoch weder NATO-Mitglied noch EU-Mitglied und ist demzufolge in keiner kollektiven Anstrengung europäischer Staaten automatisch dabei. Was soll also die Schweiz im kontinentalen Kontext für ihre künftige Sicherheit unternehmen? Mit entsprechenden Erwartungen unserer Nachbarn und der weiteren europäischen Umgebung wird zu rechnen sein. Wie stellt sich die Schweiz ihre Antworten auf diese Erwartungen vor? Wir gehen hier vom traditionellen Begriff der Sicherheitspolitik aus, deren Kernstück stets die militärische Bedrohung beziehungsweise die eigene Armee als Instrument der Abwehr ist. Angesichts der Entwicklung der letzten Jah-

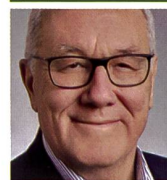
re hat der Bundesrat in seinem neuesten sicherheitspolitischen Bericht den Begriff der «Renaissance der militärischen Logik als Bestandteil der Politik» neben die anderen aktuellen, nicht militärischen Formen der Bedrohung gestellt. Zu diesen gehören die technologischen Mittel wie im «Cyber War», mit denen technische Infrastrukturen angegriffen werden, oder die Nutzung von Kommunikationsnetzen, über die mit politischen, psychologischen oder anderen Botschaften direkt Einfluss auf die Gesellschaft genommen wird.

Grundsätzlich gilt in jedem modernen militärischen Bedrohungsszenario, dass die territoriale Sicherheit der Schweiz nicht mehr an der Landesgrenze, sondern an den kontinentalen Grenzen Europas zu verteidigen ist.

Rein nationale Abwehdispositive sind ungenügend

Auch gegen nicht militärische Bedrohungsformen sind rein nationale Abwehdispositive bei weitem ungenügend. Wirksame Strategien beruhen zwingend auf Kooperationen mit den Streitkräften oder Abwehrsystemen der Nachbarn. Dazu gibt es keine Alternativen. Die bestehenden Strukturen der Nachbarschaft, mit denen Kooperationen anzustreben sind, sind die NATO und in konzeptionellen Ansätzen die der Europäischen Union. Diese Erkenntnis ist nicht neu. Seit 1996 ist die Schweiz Mitglied der von der NATO offerierten Partnerschaft im Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (Euro-Atlantic Partnership Council – EAPC) und wirkt mit militärischen und zivilen Beiträgen an der dazugehörigen Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace – PfP) mit. Auch die 1998 angestossene Armee reform stand unter dem Motto «Sicherheit durch Kooperation». Bei aller Professionalität unserer Mitwirkung in internationalen Peace-Keeping-Operationen bleibt die Schweiz bei gesamt europäischen Anstrengungen zur Sicherheit

auf dem Kontinent ausserhalb integrierter nachhaltiger Strukturen. Diesem Abseitsstehen steht eine eigentliche Bewährungsprobe bevor, wenn sich die heute konkret vorstellbaren Eskalationen, sei es im militärischen, sei es im hybriden Bedrohungsfall, verwirklichen. Anlässe dazu bieten sich am östlichen Rand des Kontinents im schwelenden Konflikt zwischen Russland und der Ukraine und in dem von Russland noch immer nicht verdauten Verlust der baltischen Staaten an. Am Südrand des Kontinents bauen sich Konflikte mit erheblichem Eskalationspotenzial in Nordafrika und im östlichen Mittelmeer sogar zwischen NATO-Verbündeten auf. Ein ganz grosser Druck zur solidarischen Mitwirkung beim Schutz Europas wird sich schliesslich ergeben, wenn europäische Verteidigungsstrukturen im Ernstfall nicht mehr mit der Bündnisgarantie der USA rechnen können. Ein solcher Fall würde eintreten, wenn gleichzeitig mit einer Eskalation in und um Europa die USA ihrerseits wegen dem casus belli um Taiwan vollständig auf einem asiatischen Kriegsschauplatz gebunden wären. Bei all diesen Szenarien wird dann auch wieder die Neutralität als staatspolitische Maxime neu beurteilt werden müssen. Mögen alle diese Entwicklungen und ihre Fragestellungen in Strategen-Kreisen klar erkannt sein, so bleibt doch weitgehend offen, wie sich die schweizerische Bevölkerung und Öffentlichkeit damit auseinandersetzen soll, wenn sie die Dringlichkeit der Problematik erkannt hat. An diesem Punkt sollte der gesellschaftliche Dialog einsetzen. Dem schweizerischen Milizoffizier kommt in diesem gesellschaftlichen Dialog eine wichtige Aufgabe zu. ■



Obt
Philippe Welti
Lic. phil. lic. iur.
Botschafter i.R.
8037 Zürich